

eröffnet zu
nung, Schluß
dbriele löst
Der Aktien
Stuttgart
24.90-25.10
-17.20, Hofer
1 25-26.75
Tage 32.20
nd. loco 6.82

Der Gemeindefachatter

Amts- und Gemeindeblatt für den Oberamtsbezirk Nagold



Mit dem landwirtschaftlichen Wochenbeilage:
„Sonn-, Garten- und Bauwirtschaft“

Mit den illustrierten „Nagler Heimat“ „Festkalender“ vom Tage“

Bezugpreis: 12 Pfennig monatlich, einjähr. 1.20 Pfennig. Erhältlich an jeder Vertikale-Verbreitungs-Station im Oberamts-Bezirk. Schriftleitung, Druck und Verlag von G. W. Jaiser (Inh. Karl Jaiser) Nagold, Marktstraße 14

Klassenzugpreis: 1 Pfennig, Drogist-Jolis oder deren Num. 20 J., Familien-Anzeigen 15 Pf., Rufnummern 00 J., Sommer-Anzeigen 30 Pf. Nachschlag - Für das Erscheinen von Anzeigen in bestimmten Ausgaben und an besonderen Plätzen, wie für Telefon, Kaffee und Obst-Anzeigen wird keine Gebühr übernommen

Legt-Adresse: Gemeindefachatter Nagold. — In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — Postk.R. Stuttgart 5113

Nr. 171

Gegründet 1827

Montag, den 25. Juli 1932

Fernsprecher Nr. 29

106. Jahrgang

Der Reichskanzler in Stuttgart

Stuttgart, 23. Juli. Die württembergische Landeshaupstadt steht heute im Mittelpunkt der Reichspolitik. Die Tätigkeit des Schwaben, auch in bewegter Zeit Ruhe und Besonnenheit in hohem Maß zu wahren, mag Stuttgart als besonders geeignet erscheinen lassen zum Ort der Besprechungen. Die heute vormittag 10.30 Uhr in der auf halber Höhe des die Stadt umfassenden Bergkranzes in schönem Park prächtig gelegenen ehemaligen Villa Reichenstein, dem jetzigen Sitz des Staatsministeriums, zwischen Reichskanzler von Papen und den übrigen Ministerpräsidenten der Länder stattfanden. Obwohl die Zeit der Ankunft des Reichskanzlers in der Öffentlichkeit nicht bekannt geworden war, hatte sich doch im Bahnhof selbst eine größere Anzahl von Menschen eingefunden, um den Reichskanzler, der als solcher zum ersten Mal in Stuttgart weilte, zu begrüßen. Am Bahnhof selbst hatten sich zum Empfang des Reichskanzlers Staatspräsident Dr. Bötz mit Ministerialrat C. Hof und Oberregierungsrat Bögele, ferner der Präsident der Reichsbahndirektion Stuttgart, Dr. Pfeiffer, Polizeipräsident K. Laiber und einige andere Beamte eingefunden. Auch Reichsinnenminister Freiherr v. Gagl, der gestern abend schon von Frankfurt a. M. hier eingetroffen war, war auf dem Bahnhof anwesend.

Pünktlich um 9.32 Uhr fuhr der Berliner Schnellzug in den Bahnhof ein. Als der Reichskanzler, in dessen Begleitung sich Reichsarbeitsminister Dr. Schaeffer, der persönliche Referent des Reichskanzlers, Ministerialrat P. L. a. H., der württ. Gesandte, Staatsrat Dr. Vosler, und Baron v. Versner befanden, dem Wagen entstieg, begrüßte ihn Staatspräsident Dr. Bötz mit freudlichen Händedruck. Gleichzeitig ertönten aus nächster Nähe, wo sich zahlreiches Publikum angelammelt hatte, härmische Hoch- und Heilrufe, die sich, als der Reichskanzler in Begleitung des Staatspräsidenten in das Reichsbahnhofgebäude, mehrfach wiederholten. Kurz vor 10 Uhr begab sich der Reichskanzler mit Staatspräsident Dr. Bötz und den übrigen Herren in das Staatsministerium. Auch bei dieser Gelegenheit ertönten auf der Straße vor dem Reichsbahnhof, wo sich eine größere Menschenmenge angelammelt hatte, härmische Hoch- und Heilrufe. Die Ministerpräsidenten der Länder, die zum Teil schon gestern hier eingetroffen waren, begaben sich unmittelbar in das Staatsministerium, das abseits vom Verkehr gelegen mit seinen schönen Räumen, seinem großen Park und dem Blick auf die zeitweilig im Glanz der Sonne liegende Stadt den Konferenzteilnehmern einen angenehmen Aufenthalt bietet.

Die Besprechung im Staatsministerium

Stuttgart, 24. Juli.

Von zuständiger Seite wird mitgeteilt:

In der Konferenz der Ministerpräsidenten der Länder, die gestern unter dem Vorsitz des Reichskanzlers in Stuttgart stattfand, wurden die wichtigsten Fragen der auswärtigen und inneren Politik in vertraulicher eingehender Aussprache, an der sich alle Minister und Ländervertreter beteiligten, erörtert. Die Konferenz nahm mit Befriedigung von der Zusicherung Kenntnis, daß die Reichsregierung durchaus auf föderalistischem Boden stehe und die Rechte der Länder in keiner Weise antasten werde. Der Reichskanzler betonte, daß die notwendig gewordenen Einschränkungen eines Reichskommissars in Preußen nur eine vorübergehende Maßnahme darstelle. Eine Ausdehnung dieser Maßnahme auf die anderen Länder komme nicht in Frage, weil nach Ansicht der Reichsregierung in den anderen Ländern Ruhe und Ordnung sichergestellt sind. Er erklärte namens der Reichsregierung ausdrücklich, daß die Reichstagswahlen programmäßig am 31. Juli stattfinden werden. Die Reichsregierung hoffe, den Ausnahmezustand in Berlin und Brandenburg in den nächsten Tagen aufheben zu können. Soweit von den Ländern Bedenken gegen die Maßnahmen der Reichsregierung vorgebracht wurden, anerkannte der Reichskanzler dankbar deren sachliche Vertretung. Reichsregierung wie alle Länderregierungen waren sich einig, daß die Autorität der Reichsregierung und der Länderregierungen ungeschmälert aufrechterhalten werden müsse. In diesem Ziel ist ein vertrauensvolles Zusammenarbeiten zwischen Reich und Ländern beiderseits anerkannt notwendig.

Der „Kön. Ztg.“ wird aus Stuttgart berichtet, der Widerstand, den der Reichskanzler in Stuttgart gefunden habe, sei größer gewesen, als er erwartet hatte. Er habe eine Pressebesprechung beabsichtigt gehabt, es sei aber kaum Zeit geblieben, die erzbischoflichen auf einem kleinen Spaziergang in dem Garten der Villa Reichenstein (Staatsministerium) abzuhäufeln. Die süddeutschen Minister hätten u. a. auch gegen eine Zentralisierung des Rundfunkwesens Bedenken erhoben. Auch die Vorgänge und Ergebnisse von Lausanne seien in die Aussprache einbezogen worden. Der Reichskanzler habe u. a. erklärt, für die Einsetzung eines Reichskommissars biete die Lage keinen Anlaß, daß auch in anderen Ländern, wie z. B. in Württemberg,

Bayern und Hessen, geschäftsführende Regierungen am Ruder seien.

Abreise des Reichskanzlers

Die Länderkonferenz war um 1/2 6 Uhr zu Ende. Nach ihrer Beendigung unternahm der Reichskanzler mit anderen Konferenzmitgliedern eine Fahrt in die schöne Umgebung der Stadt zum Schloß Solitude und kehrte von dort ins Reichsbahnhof zurück. Als er gegen 1/2 8 Uhr in Begleitung des Reichsinnenministers Freiherr v. Gagl, des Ministerialrats P. L. a. H. und des Barons v. Versner das Hotel verließ, ertönten in der Bahnhofvorhalle, wo sich eine große Menge angelammelt hatte, lebhaftes Hoch- und Heilrufe. Auf dem Bahnhof selbst durften sich, da vormittags bei der Ankunft des Reichskanzlers ein zu großes Gedränge entstanden war, nur Reisende aufhalten. Der Zutritt mit Bahnfahrkarten war nicht gestattet. Zur Verabschiedung vom Reichskanzler hatten sich eingefunden die Vertreter des schon vorher wieder zum Wahlkampf abgereisten Staatspräsidenten, der württ. Gesandte in Berlin, Staatsrat Dr. Vosler, Ministerialrat C. Hof und Oberregierungsrat Bögele, ferner der Präsident der Reichsbahndirektion Dr. Sichel und Polizeipräsident Dr. Kläiber. Der Reichskanzler, der sich von den anwesenden freundschaftlich verabschiedete und in dessen Gesichtszügen sich Befriedigung über das Ergebnis der Konferenz widerspiegeln ließen, blieb in Unterhaltung an der Türe des Eisenbahnwagens stehen, bis sich der Zug, den schon vorher auch der bayrische Ministerpräsident Dr. Held beslegen hatte, in Bewegung setzte. Abermals ertönten Hoch- und Heilrufe, als der Zug den Bahnhof verließ.

Preußenklage vor dem Staatsgerichtshof

Leipzig, 24. Juli. Vor dem Staatsgerichtshof begann gestern vormittag 11 Uhr die Verhandlung über den von den normalerweise preußischen Staatsministern gegen die deutsche Reichsregierung gestellten, von der Zentrum- und der sozialdemokratischen Fraktion des Landtags unterstützten Antrag: eine einstweilige Verfügung zu erlassen, durch die dem von der Reichsregierung eingesetzten Reichskommissar Ankerleggel werden soll, sich jeder Dienstausübung zu enthalten. Durch diese einstweilige Verfügung soll die öffentliche Verwaltung in Preußen eine vorläufige Regelung finden, bis über die Klage der ehemaligen preußischen Regierung auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit der Einsetzung eines Reichskommissars in Preußen vom Staatsgerichtshof entschieden ist.

Die Verhandlung findet im Vollsaal statt. Den Vorsitz führt Reichsgerichtspräsident Dr. Bunte. Als Beisitzer sind die Reichsgerichtsräte Triebel, Schmiff (Berichterstatter) und Dr. Schwab, sowie die Oberverwaltungsgerichtsräte Dr. v. Müller (Berlin), Dr. Gämber (München) und Dr. Striegler (Dresden) tätig. Die Klage wird von Ministerialdirektor im Wartestand Dr. Badt und Ministerialdirektor Dr. Brecht, sowie von Professor Dr. Giese (Frankfurt a. M.) vertreten. Für die Zentrumskräfte des preußischen Landtags ist Professor Dr. Peters (Berlin) und für die Fraktion der Sozialdemokratischen Partei Professor Dr. Hermann Heiler (Frankfurt a. M.) erschienen. Das Reich wird durch den Ministerialdirektor im Reichsministerium des Innern, Göttheiner, vertreten. Als Zuhörer haben sich neben zahlreichen Pressevertretern auch aus dem Reich, vor allem politisch interessierte Persönlichkeiten und namhafte Staatsrechtslehrer eingefunden.

Der Vorsitzende richtete zu Beginn der Verhandlung an die Zuhörer die Bitte, alles zu vermeiden, was zu einer Störung der Verhandlung führen könnte.

Den Bericht erstattete Reichsgerichtsrat Schmiff. Der preußische Antrag stehe selbstverständlich in Zusammenhang mit einem zur Hauptsache gestellten Antrag, der dahin gehe, daß die Einsetzung eines Reichskommissars mit der Reichsverfassung nicht in Einklang stehe.

Die Einsetzung sei zu Unrecht auf den Artikel 48 der Reichsverfassung begründet worden, weil einmal von einer Nichterfüllung der Preußen nach der Reichsverfassung obliegenden Pflichten nicht die Rede sein könne und sodann weil weder die öffentliche Ruhe und Sicherheit gestört oder gefährdet worden sei, noch auch die Maßnahmen des Reichspräsidenten zur Wiederherstellung von Ordnung und Sicherheit erforderlich waren. Dabei sei zu beachten, daß wegen der Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln eingeschritten worden sei. Es sei zu bedenken, daß auch ein Reichskommissar andere als die bisher angewandten Mittel nicht zur Verfügung habe. Wenn man auch annehme, daß die Sicherheit und Ordnung in Preußen nach Lage der Verhältnisse erheblich gestört oder gefährdet sei, so trage dazu jedenfalls die Tatsache nicht bei, daß zur Zeit in Preußen eine geschäftsführende Regierung im Amt sei. Auch Artikel 17 der Reichsverfassung stehe dem nicht entgegen. Endlich werde

Tagespiegel

Von dem Kundgebungsverbot sind angenommen worden alle religiösen, gesellschaftlichen und sonstige Anzüge wie Feldendbegünstigte, Kinderfeste usw., soweit sie nicht politischer Art sind.

In seinem Schlusswort und als Antwort auf die Forderung des deutschen Volkstages Napolin für Gleichberechtigung Deutschlands sagte Herriot: Wenn die Sicherheit (Frankreichs) nach dem Geist des Völkerbundesvertrags und dessen Vorschriften geschaffen und eine internationale Organisation eingeleitet sein wird, die jedem seine Sicherheit gewährleistet und jedem die gleichen Pflichten auferlegt, wird die Frage der Gleichberechtigung „welche ich erleichtert“ sein. — Also eher nicht die ganze Welt den jetzigen Beständen Frankreichs und seiner Bajallen verbürgt, gibt es keine Gleichberechtigung.

Die Londoner „Times“ schreibt, alle Welt müsse über den Abbruch der Abrüstungskonferenz enttäuscht sein, die nach fünfjährigen Vorarbeiten in einer Arbeit von fünf Monaten nicht mehr zustande gebracht habe als wieder ein „Program“. Es sei ganz unmöglich, daß Deutschland, Dänemark, Ungarn und Bulgarien, wie es die Entschlossenheit ist, nämlich für, zu einer „besonderen Klasse“ von Staaten geteilt werden.

Auf den schweren Zusammenstoß zwischen Italienern und Franzosen in der Interparlamentarischen Union in Genf hat der Generalsekretär des Völkerbundes der Anior. mitgeteilt, daß ihr das Völkerbundeshaus für ihre Sitzungen entzogen werde, wenn der Streit nicht geschlichtet werde. Die Italiener verlangen den Ausschluß des französischen Abgeordneten Renaudel. — Die Herren Abgordneten waren mit den Fäusten aufeinander losgegangen.

von der Antragstellerin vorgebracht, daß auch die Finanzlage Preußens die Bestellung eines Reichskommissars nicht rechtfertigen könne. Die von dem Reichskommissar vorgenommenen Regierungsmassnahmen hätten keinen Anspruch auf rechtliche Beachtung. Da es unter diesen Umständen unangänglich sein würde, daß widersprechende Anordnungen ergehen, sei eine ordnungsmäßige Verwaltung nicht mehr möglich. Die schweren Folgen könnten nur dadurch verhütet werden, daß der Staatsgerichtshof eine einstweilige Verfügung im Sinn des Antrags erteile. Zum Schluß erklärte der Berichterstatter, daß eine schriftliche Erklärung des Antraggegners bisher nicht eingegangen sei und daß die Darstellung des Standpunktes des Reichs daher dessen Vertreter in der Verhandlung selbst vorbehalten bleiben müsse.

Der Vorsitzende Dr. Bunte betonte, daß die Telegramme der bayerischen und der badischen Staatsregierung an den Staatsgerichtshof nicht bezweckten, der preussischen Klage ohne weiteres beizutreten, sondern sie enthielten den Wunsch, daß der Staatsgerichtshof gewisse grundsätzliche Fragen, die durch das Vorgehen der Reichsregierung akut geworden seien, entscheide.

Die Telegramme seien insofern für den weiteren Verlauf der Verhandlung vielleicht nicht ohne Bedeutung, als hier nun gewisse Fragen ganz konkret zur Sprache kommen werden, die für die Auswirkung der Verordnung des Reichspräsidenten bedeutungsvoll sein können. Dazu gehöre die Frage, ob die Reichsregierung unbeschadet ihres grundsätzlichen Rechtes zur Einsetzung eines Reichskommissars in den Ländern, besagt ist. Landesminister ihrer Ministerien endgültig zu entscheiden, Landesminister zu ernennen, einen Reichskommissar zum Mitglied der Landesregierung zu ernennen, das Recht zur Inkraftsetzung der Reichsratsverordnungen dem Reichskommissar zu übertragen oder Landesbeamte mit finanzieller Wirkung für das Land zu ernennen. Der Vorsitzende erklärte, er habe auf diese Telegramme nichts tun können als auf die Vorschriften der Geschäftsordnung des Staatsgerichtshofes zu verweisen und anheimzustellen, einen Antrag einzureichen, dere dieselben Vorschriften entspräche.

Nun entspann sich eine längere Erörterung über die Frage, ob der Staatsgerichtshof überhaupt in der Lage sei, einstweilige Verfügungen zu erlassen. Hierzu erklärte Reichsgerichtspräsident Dr. Bunte, es sei bekannt, daß der Staatsgerichtshof dieses Recht bereits in zwei Fällen für sich in Anspruch genommen habe, daß aber gerade die preussische Staatsregierung es gewesen sei, die dem Staatsgerichtshof dieses Recht früher abgesprochen habe. Ministerialdirektor Dr. Brecht wies demgegenüber darauf hin, daß die preussische Staatsregierung selbstverständlich auch zu ihren Gunsten von der Rechtsprechung des Staatsgerichtshofes Gebrauch machen könne. Der Antrag sei im vorliegenden Fall gerechtfertigt, weil die Entscheidung des Staatsgerichtshofes keinen Aufschub dulde.

Nachdem von den beiden Staatsrechtslehrern Professor Dr. Peters und Müller nachgewiesen worden war, daß auch in der fachwissenschaftlichen Literatur überwiegend das Recht des Staatsgerichtshofes auf Erlass einstweiliger Verfügungen anerkannt wird, beendeten sie die Akti-



Legitimation der von ihnen vertretenen Fraktionen des Zentrums und der Sozialdemokratie.

Dr. Brecht brachte darauf folgenden neuen Antrag ein: Der Staatsgerichtshof wolle durch einstweilige Verfügung bestimmen: 1. daß der Reichskommissar sich nicht als preußischer Ministerpräsident oder preußischer Staatsminister oder Mitglied der preußischen Landesregierung bezeichnen dürfe, 2. daß er den preußischen Ministern nicht die Eigenschaft Staatsminister abgeben dürfe, 3. daß er und seine Vertreter nicht ohne Vollmacht der Staatsminister Preußen im Reichsrat vertreten oder den Mitgliedern der preußischen Staatsregierung das Recht zur Vertretung Preußens im Reichsrat und zur Instruktion der Reichsratsbevollmächtigten entziehen dürfe, 4. daß Beamtenernennungen und Abhebungen mit dauernder Wirkung nicht vorgenommen werden können.

Präsident Dr. Bunske bemerkte, durch diesen Antrag werde dem Staatsgerichtshof eine Aufgabe von noch nicht zu überschender Tragweite gestellt. Die Entscheidung könne nicht überstürzt werden, sie werde daher voraussichtlich nicht vor Montag zu erwarten sein.

In längeren Ausführungen begründete Dr. Brecht sodann den Antrag. Es sei unzutreffend, daß das Land Preußen die ihm auf Grund der Reichsverfassung obliegenden Pflichten nicht erfüllt habe. Was die beiden vom Reichskanzler erwähnten Einzelbeispiele betreffen, daß ein hoher Beamter den Kommunisten Ratsschlüsse gegeben habe, wie sie ihre Terrorakte verschleiern könnten, und weiter, daß ein Polizeipräsident geduldet habe, man wolle die Kreise der Kommunisten nicht stören, so sei die preußische Staatsregierung bis heute noch nicht über die Verordnungen und näheren Umstände unterrichtet. Selbst wenn aber die Vorgänge stattgefunden hätten, so würden diese Äußerungen nicht eine Pflichtverletzung des Landes Preußen bedeuten. Ganz unhaltbar sei die Ablehnung der übrigen Minister mit der Begründung, sie hätten einer Einladung zu einer Sitzung der Staatsregierung keine Folge geleistet. Die Ablehnung sei erfolgt, weil die Einladung vom Reichskanzler als Ministerpräsident ausging. Die preußischen Minister hätten es niemals abgelehnt, zu einer Beratung mit dem Reichskanzler oder dem Reichskommissar zu kommen.

Ministerialdirektor Dr. Badt überreichte ein Gutachten des Staatsrechtslehrers Prof. Anschütz, der sich auf den Standpunkt der preußischen Regierung stelle.

Die Personalveränderungen in Preußen

Berlin, 24. Juli. Das Staatsministerium hat die Durchföhrung der bisherigen Inhaber erledigter Ämter eines Staatssekretärs, eines Ministerialdirektors, dreier Oberpräsidenten, von fünf Präsidenten und dreizehn Polizeipräsidenten bzw. Polizeidirektoren durch kommissarische Vorföhrung neuer Beamten befohlen.

Ministerialdirektor Dr. Brecht wird unter Aufhebung von allen Dienstgeschäften vorläufig abberufen und Polizeipräsident Orszelski (Berlin) in den einstweiligen Ruhestand versetzt.

Die Verfassungsfeier der Reichsregierung am 11. August wird auch in diesem Jahr abgehalten. Sie wird sich aber auf die übliche Mittagsfeier im Reichstag beschränken, während die bisherige kostspielige Abendunterhaltung aus Ersparnisgründen fortfällt.

Neue Nachrichten

Zur Reichstagswahl

Berlin, 24. Juli. Die Deutschnationalen Reichsliste verzeichnen an den ersten Stellen folgende Namen: Dr. Hugenberg, Frau Müller-Ostried, Prof. Dr. Spahn, Dr. Quaas, v. Restorf, Graf Thüringen, Frau Annagrete Lehmann, Dr. Wienbeck, Staatsminister a. D. Hergt, Logemann, Dr. Oberfohren, Fraktionsführer der bisherigen Reichstagsfraktion.

Blutiger Zusammenstoß

Bunzlau (Schlesien), 24. Juli. Bei der Rückfahrt von einer Hitlerkundgebung in Pleschn wurden Nationalsozialisten aus Bunzlau spät abends von Kommunisten und Reichsbannerleuten angegriffen. Es kam zu einem Kampf, in dem ein Reichsbannermann getötet und mehrere Kommunisten und Nationalsozialisten verletzt wurden.

Zeitungsverbot

Kiel, 24. Juli. Der neue Oberpräsident hat die sozialdemokratische „Schleswig-Holsteinische Volkszeitung“ wegen Verächtlichmachung des Richterstands auf 4 Tage verboten.

Abchluss des ersten Tagungsabschnittes der Abrüstungskonferenz

Genf, 24. Juli. Der erste Tagungsabschnitt der Abrüstungskonferenz wurde gestern vormittag vom Hauptaussehuss mit der Annahme der Entschöpfung abgeschlossen. Wegen der Entschöpfung stimmten Deutschland und Sowjetrußland, acht Staaten enthielten sich der Stimme. Für die Entschöpfung wurden 41 Stimmen abgegeben, zehnjährige Abordnungen aber erklärten, daß sie sie nur unter Vorbehalten annehmen.

11. Deutsches Söngerbundesfest

Volksdeutsche Weifestunde in der Festhalle

Frankfurt a. M., 24. Juli. Im Rahmen des 11. Deutschen Söngerbundesfestes fand am Freitag in der dichtbesetzten Festhalle eine volksdeutsche Weifestunde statt, in deren Verlauf Reichsminister des Innern Freiherr von Gagl die GröÙe des Reichspräsidenten überbrachte und erklärte, er sei Ueberbringer einer guten Botschaft, da er mitteilen könne, daß mit Rücksicht auf die hohe kulturelle Bedeutung des deutschen Weides und den friedlichen und künstlerischen Charakter des 11. Deutschen Söngerfestes am Sonntag, den 24. Juli, die Notverordnung über das Rundgebungsverbot insoweit aufgehoben werde, als es sich um Umzüge künstlerischen und ähnlichen Charakters handle. Darnach bestehen keine Hindernisse für die Durchführung des Söngerfestzugs am Sonntagmittag. Diese Mitteilung wurde mit großem Beifall aufgenommen. Weiter sprachen für das Deutschtum in Uebersee Dr. Gotthard F. Seyfarth-Brooklyn, für die Deutschen in Europa und außerhalb des deutschen Sprachgebietes Eugen Baumann-Polen und für alle Deutschen in Mitteleuropa Reichsminister a. D. Dr. Gehler.

Hugenberg in Stuttgart

Stuttgart, 23. Juli. Von Karlsruhe kommend sprach am Freitag abend in der Stadthalle vor etwa 6000 Zuhörern der deutschnationalen Parteiführer Geheimrat Dr. Hugenberg, der zunächst des heutigen 60. Geburtstages des vor neun Jahren verstorbenen Karl Helfferich gedachte und dann am 19. Thesen programmatische Ausführungen über das deutschnationale Wirtschaftsprogramm machte. Das Programm enthält folgende Punkte.

Die Auswirkungen des Krieges sind nur eine der Ursachen der Weltwirtschaftskrise und zugleich der deutschen Krise. Auch die Kriegszerstörungen, wie die im Krieg erfolgte Industrialisierung früherer Rohstoffländer sind keine ausreichende Erklärung für die Dauer der Wirtschaftskrise, die Erklärung liegt vielmehr im Aufbau und der Aufrechterhaltung unerfüllbarer und daher unsinniger internationaler Tribute und Schuldverpflichtungen von Volk zu Volk. Kapitalisierung kann nur auf der Grundlage einer ganz falschen Auffassung der Begriffe Wirtschaft, Staat und Volk entstehen. Es gibt in Wirklichkeit kein „internationales Kapital“. Ebenso wenig gibt es ein internationales Proletariat. Kapital ist vielmehr das Werkzeug der nationalen Wirtschaft. Der Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit ist ein politischer Konstruktionsfehler. Internationale Riesen-schulden zwischen hochwertigen Völkern zerstören die Wirtschaft und die Märkte aller Gläubiger- und Schuldnerländer, erzeugen immer wieder Arbeitslosigkeit und werden schließlich selbst wertlos. Nur schleunigter Abbau der internationalen Fesseln kann die Kräfte zum Wiederaufbau frei machen. Diese Kräfte erwachsen nur in den nationalen Volkswirtschaften der hochwertigen Völkern.

GroÙe Verantwortung trägt hier Deutschland, denn es wurde nach dem Krieg zum größten Schuldner der Welt. Die Erfüllungspolitik war nicht nur ein Verbrechen am eigenen Volk, sondern auch gegen das Interesse der ganzen indogermanischen Welt gerichtet. Deutschland hat auch deshalb die größte Verantwortung, weil es lange Zeit der geistige Mittelpunkt sozialistischer Gedankengänge war. Von Deutschland muß auch die Neuordnung ihren Ausgang nehmen. Diese ist nationalisierend; alle hochwertigen Völkern müssen nationalisierend sein. Diese neue Lehre ist innerhalb des einzelnen Volks urbarisch, urgermanisch, friedliebend und doch wehrhaft. Sie verzichtet nicht auf Organisation; die Organisation ist die Grundlage, geht aber vom Volklichen, nicht aber vom Wirtschaftlichen aus. Wirtschaft ist des Menschen und des Volks wegen da und nicht umgekehrt. Daher sind Volk und Staat, Kirche und Familie souverän, nicht aber die Wirtschaft. Jeder wirkliche Sozialist ist heute antisozial.

Der Freihandel nützt heute niemand mehr. Deutschland braucht eine unabhängige Wöhrung. Außerhalb der selbständigen nationalen Wirtschaft gibt es keine sichere Ordnung. Die Weltmärkte sind kein Sammelwesen, sondern nur die Summe der nationalen Märkte. Der innere Markt muß wirksam geschöft werden.

Nicht nur die Tribute und die Kriegsschulden müssen verschwinden, sondern auch die aus den Tributen entstandenen unerfüllbaren privaten Verpflichtungen, besonders die privaten 20 Milliarden Schulden Deutschlands. Hierüber muß mit dem Ausland folgender Afford abgeschlossen werden: a) Aufrechterhaltung des Nennbetrags des Kapitals, b) Herabsetzung der Zinsen auf 2 v. H., c) Unkündbarkeit des Kapitals, d) Jahrestilgung von etwa 3 v. H. Ein solcher Afford ist nur durchführbar, wenn er analog auch auf die festgestellten inländischen Kredite angewandt wird. Ueber diesen letzteren Punkt will Dr. Hugenberg in Pleschn nähere Ausführungen machen. Wie Dr. Hugenberg weiter ausführte, braucht niemand vor dem neuen Wirtschaftskreis Angst zu haben; nur vor dem Chaos, das aus Massenwahn und Unklarheit entsteht, habe man sich zu fürchten.

Zu den Vorgängen im Reich erklärte der Redner, daß es doch etwas Großes sei, daß die Mächte, die bisher Deutschland regierten, ohne Kampf gestürzt werden konnten. Gerade, daß nach den Wahlen die Nationalsozialisten im Reich und in einigen Ländern eine Koalition mit dem Zentrum eingehen wollten, hätten ihn sehr erschreckt. Wenn es soweit kommen sollte, dann wäre die Nationalsozialistische Partei erledigt. Künftig müsse ohne Zentrum regiert werden.

Der Redner fand stürmischen Beifall. Vor Dr. Hugenberg hatte Abg. Dr. Wölder gesprochen, der der Hoffnung Ausdruck gab, daß nach den Wahlen Hugenberg maßgebend in der deutschen Politik mitwirken könne.

Stuttgart, 24. Juli.

Berufung. Auf die durch den Tod der Frau Professor Dr. Andronikow-Wrangell erledigte Professur für Pflanzenzüchtung an der Landwirtschaftl. Hochschule Hoheneheim ist Privatdozent Dr. Naizwald an der Universität Breslau berufen worden.

Preisanschreiben für ein Turn- und Sport-Bühnenstück

Die Leitung der Württ. Landestheater Stuttgart erklärt zum 15. Deutschen Turnfest, das im Juli 1932 in Stuttgart stattfindet, ein Preisanschreiben für ein Bühnenstück, das ernst oder heiter die Idee des Turnens und des Sports gestaltet. Das preisgekörnte Stück kommt während des Turnfestes an den Württ. Landestheater zur Aufföhrung. Dem Preisrichter gehören an: A. Konrad Dösel, Redakteur am Stuttgarter Neuen Tagblatt, Bernhard Blume und Walter Eichschäfer, Dramaturg an den Württ. Landestheater. — Einreichungen sind bis 1. März 1933 an die Dramaturgische Abteilung der Landestheater zu richten.

Turnfest-Werbefilm. Nachdem in den letzten Monaten die Deutsche Turnerschaft einen Werbefilm für das 15. Deutsche Turnfest mit dem Titel „Turner heraus!“ hergestellt hat, der in allererster Linie im Ausland für den Verkauf des Turnfestes werden soll, soll in den nächsten Wochen für die Inlandswerbung ein besonders auf die Stuttgarter Vorarbeiten eingestellter Werbefilm hergestellt werden. Der Film soll einen Einblick geben in die umfangreichen Vor-

arbeiten, die in der Feststadt für das kommende 15. Deutsche Turnfest zu leisten sind. Er will das Leben und Treiben in den Stuttgarter Vereinen schildern, und der Film will auch eine Verbindung mit den Schönheiten der Feststadt und den Sehenswürdigkeiten des Schwabenlands herstellen. Der Film soll bis spätestens Ende September fertig sein und soll u. a. auf einer vom Hauptfestaussehuss für das 15. Deutsche Turnfest durchzuföhrnden Werbereise in ganz Deutschland gezeigt werden.

Aus dem Lande

Wiesingheim, 24. Juli. Minister Maier zu den Vorgängen in Preußen. In einer Wahlversammlung der demokratischen Partei führte Wirtschaftsminister Dr. Maier aus: Wenn in Deutschland eine Partei allein den Staat beherrschen wolle, so brauche sie den Reichspräsidenten, die Mehrheit des Reichstags und die Mehrheit der Länder. Selbst wenn die Nationalsozialisten 51 Prozent aller Stimmen erhielten, wäre für sie noch nicht viel gewonnen, deshalb hätten sie den Weg des Ausnahmezustands und der Einsetzung von Reichskommissaren in den mißliebigen Ländern gewählt. Dieses Vorgehen des Reichs in Preußen habe aber nur die „Mainlinie“ wieder aufgerissen und vertieft.

Rudersberg M. Weizheim, 24. Juli. 50jähriges Doktor-Jubiläum. Am 21. Juli waren 50 Jahre verfließen, daß Sanitätsrat Dr. Hoderk hier von der Medizinischen Fakultät der Universität Greifswald die Doktorwürde verliehen erhielt. Diese Fakultät hat am 21. Juli 1932 das Doktor-Diplom erneuert mit herzlichem Glückwunsch.

Nekarfan, 24. Juli. Die Arbeiten am Nekarfanal gehen weiter. Die Vorbereitungen für die Staustufe Guitendach sind nun so weit beendet, daß im Spätsommer mit den Arbeiten begonnen werden kann. Bagger werden hier nicht verwendet, die ziemlich umfangreichen Erdarbeiten verrichten Erdarbeiter, damit recht viele Erwerbslose Beschöftigung finden.

Ömünd, 24. Juli. Felsabsturz. Durch die verheerenden Unwetter der letzten Wochen, die in den Wäldern erheblichen Schaden anrichteten, ist auch in der Zigeunerschlucht bei Ömünd die östliche Felswand der Schlucht zum Absturz gebracht worden. Riesige Felsstücke liegen nun in der Schlucht.

Rückwanderung nach Ostpreußen

ep. Wie Freiherr von Gagl, der gegenwärtige Reichsinnenminister, kürzlich in der Zeitschrift „Der Dörsiedler“ mitteilte, ist in Ostpreußen der durch die Binnenwanderung herbeigerufene Wanderungsverlust neuerdings in einem Wanderungsgewinn umgeschlagen. Die bis zum Jahr 1929 währende starke jährliche Abwanderung ist infolge des Niedergangs der industriellen Konjunktur zum Stillstand gekommen. Nachdem das Jahr 1930 noch einen Wanderungsverlust von 4119 Menschen gebracht hatte, ist für die Monate Januar bis September 1931 ein Wanderungsgewinn von 2611 Menschen zu verzeichnen. Diese Bewegung hat angehalten. Von besonderer Bedeutung ist der Bevölkerungsaustausch zwischen Ostpreußen und Rheinland-Westfalen. Vom 1. Januar bis 30. September 1931 gab Ostpreußen in die beiden Westprovinzen 3498 Menschen ab und empfing von dort 7409 Menschen; es hatte also einen Gewinn von 3911 Menschen. In der Zeit vom 1. Januar 1930 bis zum 30. September wanderten 11 776 Ostpreußen nach Rheinland-Westfalen; der Gewinn Ostpreußens in diesem Zeitabschnitt beträgt also 4579. Die Rückwanderer haben in der Hauptsache bei Verwandten auf dem Land Untersucht gefunden; sie werden jedoch mit deren Hilfe über kurz oder lang sesshaft zu machen sein.

Aus Stadt und Land

Nagold, den 25. Juli 1932.

Ein Verdender zu sein, ist nur in den Augen der Zeitigen ein Mangel. Deier.

Dienstaachrichten

Der Herr Staatspräsident hat eine Lehrstelle an der evang. Volkshule in Röt DÖ. Freudenstadt dem Lehrer Max Seillon übertragen.

Dienstjubiläum.

Am 24. Juli beging Herr Jakob Spiech bei der Württembergischen Landesbibliothek sein 30jähriges Dienstjubiläum. Während diesen 30 Jahren war er stets ein pflöhtreuer Beamter. Er ist der Sohn des verstorbenen Buchbindermeisters Spiech von Ebhausen.

Wochenrückschau

Die Zeit der Saison-Schlafherküfe hat begonnen, das heißt so viel, daß sich auch der Sommer, von dem wir so schrecklich wenig gemerkt haben, dem Ende zuneigt. . . in ganz kurzer Zeit werden wir tolle Feider leben, die ersten Herbstkälte. — Der hoffnungsvolle Sohn seiner Eltern, der junge Karl Gauh, der bei Cannstatt im Nekar erkrankt, wurde zu Grabe getragen. — Methodisten-Prediger Schmeißer hielt gestern seine Abschiedspredigt. — Der Tonfilm zeigte einen lustigen Soldaten-schwank: „Der Tanzhüser“. — Monatsversammlungen hielten ab der Sportverein Nagold und der Radfahrer-Verein „Velo-Club“. Die Frei. Feuerwehr hatte ihre monatliche Hebungsstunde. — Woran die schmutze Stadtkapelle, marschierte der Schwarzwaldder Verein zu seinem Waldfest auf den Eisberg. — während der Ehr. Verein junger Männer ein gutbesuchtes Gartenfest feierte. — Eine frohliche Sönger-schar fuhr mit einem Lied auf den Lippen zum Deutschen Söngerbundesfest nach Frankfurt, der alten Goethestadt.

Gartenfeier des Christl. Vereins junger Männer

Einen Höhepunkt im Vereinsleben bilden unsere Familienfeiern unter denen sich die alljährliche im schönen Vereinsgarten an der HerrenbergerströÙe besonderer Beliebtheit erfreut. So lauschte auch gestern Jung und Alt in fröhlichem Verein den Darbietungen, Musikvortrögen und Ansprachen: „Jugend im Kampf um die Welt“, „Mit Gott im Volksleben.“ Detan Otto und der Vereinsvorsitzand Ulrich fanden darüber wichtige und zu Herzen bringende Worte. Es folgte die Wimpelweihe der Jungfrau durch den Föhler, Seminarlehrer Huber. Geipannt schauten die jugendlichen Augen der Buben zu dem blauen Wimpel empor mit seiner Lofung: „Rutig voran!“, und dem Ankerkreuz, von einer Freundin des Vereins gestiftet. Viele Freude machte die kleine Aufföhrung, welche nun folgte: Pri-

vater Gebhard, der sich von einem grimmigen Beschützer der Vereinsjahre in einen Gönner derselben verwandelt. Da gab es zu lachen und zu denken. Schöne Abendung brachte nun der „lebendige Käsen“, b. h. die frischen Turnspiele der jugendlichen Turner, welche flott im Trommeltakt aufmarschierten. Unser Freund Bauer sagte nochmals alle die Eindrücke zusammen und befrichtigte zog alles heim, nicht ohne nochmals das hübsche Walblager befrichtigte zu haben, daß die Jungen an dem Saum des Waldes errichtet hatten.

Die Wahlreden im Rundfunk zur Reichstagswahl.

In dieser Woche werden die folgenden, von der Reichsregierung für den Rundfunk zugelassen Wahlreden stattfinden:
Montag, 25. Juli, 19.00—19.25 Uhr: **Christl.-Sozialer Volksdienst**, Reichstagsabgeordneter Simpfendorfer aus Stuttgart; 19.30—19.55, **Deutsches Landvolk**, von Hausen, Schmid, Berlin, Dienstag, 26. Juli, 19.00—19.25, **D. Staats-Reichsminister** a. D. Dr. Dietrich, Freiburg (Stuttgart); 19.30—19.55 Uhr **Bayrische Volkspartei**, Chefred. Schwend, München, Mittwoch, 27. Juli, 19.00—19.25, **Wirtschaftspartei**, Abg. Drewitz, Berlin; 19.30—19.55, **Deutsche Volkspartei**, Abgeordneter Dingeldein, Berlin, Donnerstag, 28. Juli, 19.00—19.25 Uhr **Deutschnationale Volkspartei**, Abg. Hugenberg, Königsberg; 19.30—19.55 Uhr, **Zentrum**, Reichstagsler a. D. Brüning, Berlin, Freitag, 29. Juli, 19.00—19.25 Uhr **NSDAP**, Abg. Straßer, München, Samstag, 30. Juli, 19.00—19.25 Uhr, **Sozialdemokraten**, Abg. Weis, Berlin.

Zur Reichstagswahl

Von zuständiger Seite wird mitgeteilt: Um den am Wahltag auf Reisen befindlichen Wahlberechtigten die Abstimmung zu ermöglichen, sind über die Hauptverkehrszeiten Abstimmungsräume auf folgenden deutschen Bahnhöfen eingerichtet worden: Aachen, Augsburg, Barmen, Berlin Anhalter Bf., Berlin Friedrichstraße, Berlin Gdtkrher Bf., Berlin Lehrter Bf., Berlin Potsdamer Bf., Berlin Schlesker Bf., Berlin Steintiner Bf., Berlin Zoologischer Garten, Bremen Hbf., Breslau Hbf., Charlottenburg, Cranenburg, D.-Eulau, Dresden Hbf., Emmrich, Erfurt, Hensburg, Frankfurt (Main) Hbf., Freiburg (Br.), Friedrichshafen (Hafenbhf.), Groß Volkspohr (Pommern), Hamburg Hbf., Hannover Hbf., Insterburg, Karlsruhe Hbf., Kehl, Koblenz, Köln Hbf., Königsberg, Konstanz, Leipzig Hbf., Lindau, Marienburg, München Hbf., Münster (Westfalen) Hbf., Nürnberg Hbf., Passau, Regensburg, Sahn Hbf., Stettin, Stuttgart Hbf., Tilsit, Trier, Wernsmünde.

Der Abstimmungsraum in Stuttgart Hauptbahnhof (Turnwartesaal) ist geöffnet von 8 Uhr vormittags bis 10.30 Uhr abends, in Friedrichshafen Hafenbahnhof (Wartesaal 3. Klasse) von 5.30 vormittags bis 10 Uhr abends. In den Bahnhofabstimmungsräumen wird jeder Stimmberechtigte, der im Besitz eines Stimmscheins ist, zur Abstimmung zugelassen. Zur Vermeidung eines größeren Andrangs empfiehlt es sich jedoch, daß die Inhaber von Stimmscheinen, die dazu in der Lage sind, ihr Stimmrecht in einem öffentlichen Abstimmungsraum während der allgemeinen Abstimmungszeit ausüben.

Von der Deutschen Volkspartei

Von Parteiseite wird uns geschrieben:
Die in der vergangenen Woche in der Tagespresse erfolgte Veröffentlichung der Reichswahllisten hat durch ihre Unvollständigkeit Verwirrung hervorgerufen. Die Deutsche Volkspartei hat einen eigenen Wahlvorschlagn in allen Wahlkreisen des Reichs und zwar die Liste Nr. 6. Dagegen hat die Partei mit den Deutschnationalen zusammen eine gemeinsame Reichsliste, auf der die Reichstimmen beider Parteien gesammelt und ausgewertet werden. Der deutschvölkische Wähler wählt somit im ganzen Reich die Liste Nr. 6 und damit seine eigenen Wahlkreis-kandidaten, also z. B. für Württemberg den seitherigen Reichstagsabgeordneten Keimath. Kommt dieser zum Zug, stehen die überlebenden Reichstimmen, kommt er nicht zum Zug, die ganzen Stimmen der gemeinsamen Reichsliste zu, so daß also in keinem Fall eine bürgerliche Stimme verloren geht.

Der Gewerbeverein

macht die Ausschlei wiederholt darauf aufmerksam, daß am Mittwoch, den 27. Juli, früh 7 Uhr mit dem Aufbau der Ausstellungsschele begonnen werden kann und diese Arbeiten bis Freitag, 29. Juli, abends 8 Uhr beendet sein müssen.

Sekultisch-Freimaurerische Kriegsvorbereitungen jetzt und vor dem Weltkrieg

Es wird uns geschrieben:
Herr Fetermann, der am Montag über dieses Thema spricht, war von April 1929 bis April 1931 als Berater der „Obersten Baubehörde der Sowjetunion“ in Rußland tätig und hat als solcher gründlichen Einblick in das Wesen des Käsestaates erhalten, der trotz aller politischen Unterwürfe unsere Zukunft sein muß. Ausgehend von diesem Standpunkt mahnt Herr F. immer und immer wieder zur Objektivität dem Käsestaat gegenüber. Es sind nicht alles Verbrecher, die sich Völkerschweigen nennen und in Sowjetrußland regieren. Insbesondere hat es Stalin, der vor wenigen Wochen einen „Schlaganfall“ erlitt und der der jüdischen Gruppe um Trozki gar sehr im Wege steht, nicht verdient, als Mörder seines Volkes angesprochen zu werden. Er ist zweifellos vom besten Willen befeuert. Nicht aber die in Rußland sehr einflussreiche, jüdische Gruppe, deren Leiter Trozki wohl im Auslande in der Verbannung lebt, dessen Namen aber um so mächtiger im Käsestaat an der Arbeit sind, Stalin zu fürzen, um die Macht zu erlangen.
Es ist im Arbeiterparadiese Rußlands aber auch nicht alles Gold, was glänzt und es gibt nichts Ungewöhnliches, als die mehr als geschätzten Berichte der kommunistischen Delegierten, die sich Rußland zeigen lassen, oder der deutschen Arbeiter, die glauben ihrer kommunistischen Weltanschauung zu Liebe, Erfolgsgeschichten aus den Betrieben, in denen sie in Rußland arbeiten, melden zu müssen. Durch solche falschen und übertriebenen Berichte aber wird den Sowjetrußland nur Wasser auf ihre Röhren gegeben, denn bei der lässigen Art und der mangelhaften Qualitätsarbeit der Rußen, wird noch viele Jahre das Wasser den Berg herunterlaufen, ehe russische Arbeit zur Weltkonkurrenz wird.
Was aber durch solch prahlertische deutsche Berichte erreicht wird, ist für Rußland die Gefahr des Interaktionskrieges. Dies hat seit über einem Jahr schon dazu geführt, daß die Rüstungsindustrie den Vorrang erhielt, während andere, für den russischen Aufbau im zivilen Interesse nötige Unternehmungen seht beschnitten wurden. Anstatt Rußland zu helfen und die Konkurrenzgefahr dem Auslande gegenüber zu verkleinern, damit Rußland nicht in einem Krieg verwickelt wird und in Frieden aufbauen kann, tragen die deutschen Kommunisten durch ihr durch nichts begründetes Prahlen dazu bei, daß die Anknüpfung Rußlands durch das kapitalistische Ausland und damit die Kriegsgefahr immer größer wird. Erstreckt hierüber ist natürlich die machthäufigste jüdische Gruppe.
In 2 Schriften, die im Verlage von Ludendorffs Volkswarte erschienen sind, ist Herüber berichtet.
Zu dem einangenen erwähnten Vortrage wird Herr F., aus dieser Kenntnis heraus und aus der Kenntnis interner politischer Vorgänge nun die gegenwärtige außenpolitische Lage behandeln und wird zeigen, wie auch jetzt wieder dunkle Kräfte

am Werk sind, die mit allen Mitteln Deutschland in einen Krieg gegen Rußland hineinzulocken wollen. Ausgehend von den Nachrichten gewisser Kreise vor dem Weltkrieg und ausgehend von den Beschlüssen der Entente-Freimaurerei, soweit sie Rußland betreffen, kommt Herr F. auf die Lage im fernen Osten zu sprechen und zeigt im Zusammenhang damit das wahre Gesicht der Laufanner Konferenz.

Bellachini jr.

gestirnt heute abend 8.30 Uhr erstmals im Löwenstall und wird mit seinen sensationellen „Zaubersteinen“ sein Publikum restlos zu begeistern wissen.

Feriensonderzüge

Nach Mitteilungen der Reichsbahndirektion Stuttgart können von den für 27. und 28. Juli d. J. in Aussicht genommenen Feriensonderzügen wegen ungenügender Beteiligung nicht ausgeführt werden: am 27. 7. Zug Stuttgart—Berlin (Stuttgart Hbf. ab 16.40), am 28. 7. Zug Stuttgart—Dortmund (Stuttgart Hbf. ab 11.50) und Zug Stuttgart—München (Stuttgart Hbf. ab 8.20). Dagegen verkehren bestimmt: am 27. 7. Zug Stuttgart—Hamburg—Bremen (Stuttgart Hbf. ab 18.05) und am 28. 7. Zug Stuttgart—Stralsund (Stuttgart Hbf. ab 16.20). Mit dem Zug Stuttgart—Stroßfund, der über Nürnberg—Hof—Leipzig verkehrt und der in Bitterfeld einen unmittelbaren Anschluß an einen Personenzug nach Berlin hat (Berlin Anhalter Bahnhof an 7.00) können die für den am 27. 7. ausfallenden Stuttgart—Berliner Feriensonderzug ausgegebenen Fahrkarten ohne weiteres benutzt werden. Im übrigen können die zu den ausfallenden Zügen gelösten Fahrausweise am gleichen oder nächstfolgenden Tage in fahrplanmäßigen Zügen — in Eil- und Schnellzügen gegen tarifmäßigen Zuschlag — benutzt werden, wobei die Fahrt auf der Einfahrt nicht unterbrochen werden darf. Bei Nichtausführung der Reise zahlen die Fahrkartenstellen den Fahrpreis für die gelösten Feriensonderzugfahrkarten ohne Abzug zurück.

Hagelraketen sind wertlos

Amlich wird mitgeteilt: Auf Veranlassung des württ. Wirtschaftsministeriums hat der Vorstand der meteorologisch geophysikalischen Abteilung des Staatischen Landesamtes im April d. J. mit den von den Deutschen Porzellanischen Fabriken gelieferten Raketen in Vöblingen Schießversuche angestellt und ein eingehendes Gutachten über die Versuchsergebnisse und die ganze Frage erstattet. Als Ergebnis hat er folgendes festgestellt: Die heutigen Hagelraketen mit einer Steighöhe von etwa 800 Meter und einer Sprengladung von noch nicht 100 Gramm haben aus physikalischen Gründen nicht die geringste Wahrscheinlichkeit für sich, einen wirksamen Hagelschutz zu geben. Bei den zahlreichen Abschüssen solcher Raketen hat sich kein einziges Mal eine einwandfreie Wirkung beobachten lassen, dagegen ging häufig genug der Hagel schief ab. Jeder Pfennig, der auf das Hagelschießen in heutiger Form ausgegeben wird, ist also weggeworfenes Geld.
Auf Grund dieses Gutachtens hat das Wirtschaftsministerium in Uebereinstimmung mit der Landwirtschaftskammer von weiteren Versuchen Abstand genommen.

Jakobus der Ältere. Am 25. Juli ist der Tag des Apostels Jakobus des Älteren. Er war Sohn des Zebaidas und der Salome und der ältere Bruder des Apostels Johannes. Unter Herodes Agrippa enthauptet, ist er neben Stephanus einer der ersten Märtyrer der Kirche. Er ist nicht zu verwechseln mit Jakobus dem Jüngeren, Verfasser des Jakobus-Briefs. Dieser feiert seinen Tag am 1. Mai. — Beim schwäbischen Landvolk ist Sankt Jakobus der Ältere Schutzpatron der Äpfel. Ihm zu Ehren werden die ersten, schon Ende Juli reifenden Äpfel Jakobäpfel genannt. — Um seinen Tag reihen sich viele Bauernregeln: „Steh Jakob im Kalender, such man die Sichel her und die Bänder. — Jakobtag soll schon sein; Jakobtag ist unerwünscht. — Ist's schön am Jakobtag, viel Frucht man sich versprechen mag.“ — „Jakobtag kommt der Frucht und demrost ungelogen.“ — Jakobtagmeisechen mehrt Mist und Wein; Jakobtag leert alle Foh.“ — Auch als Kräuung ist Jakobus von altersher in hohem Ansehen. „Vor Jakobus ein Kräulein, nach Jakobus ein Kraut.“ — „Ist's an Jakobus hell und warm, friert man im Winter, daß Gott erbarm.“ — „Wenn Jakobus klar und rein, wird das Christfest frohlig sein.“ —

Erste Schwalbenversammlungen. Noch ist der Juli nicht zu Ende und schon sammelt sich in frischer Morgenfrüh das Schwalbenvolk auf seinem beliebten Hochsitz, den Leitungen, Telephon- und Telegraphenmasten. Alte Schwelben und flügge Jungschwalben unternehmen erste Uebungsflüge für die kommende, weite Südländerei. Alte Ueberlieferung bezeichnet den ersten Tag der Schwalbenversammlung als „Vorherbst“, ja „Ersten Herbsttag“, ein Hinweis, daß das Jahr seinen Höhepunkt überschritten, der Tag wieder abnimmt und der Sommer dem Herbst zuweil.

Der Schäferlauf in Wildberg

Ueber diese heftigste Veranstaltung werden wir morgen ausführlich berichten.

Allerlei aus Altensteig

Der gestrige Sonntag war ein recht ruhiger Tag, nicht überlastet von so und so viel Veranstaltungen, die sonst so oft auf Kosten der notwendigen Erholung stattfinden. Auch der Durchgangsverkehr war nicht von Bedeutung. Lediglich die Versammlungen der Zeitsmission brachten wieder unzählige Besucher von hier und auswärts auf die Beine. — Am Sonntag abend hielt der „Liederfranz“ aus Sparfankeitsgründen anstelle des alljährlichen Waldfestes ein Gartenfest im scheinungs-voll illuminierten Garten des „Grünen Baum“ ab, das von Mitgliedern und Freunden des Vereins sehr gut besucht war. Die sehr gut zu Gehör gebrachten Männerchöre wurden mit großem Beifall aufgenommen. Den langjüngsten Jungen und Allen bot im Saal ein Trio der Stadtkapelle willkommene Gelegenheit zur Betätigung. In der Unterhaltung kam die seit langem im Verein gepflegte Geselligkeit und ungezügelter Fröhlichkeit zum Durchbruch, so daß alle Teilnehmer von dem schönen Abend bestens befriedigt waren und der Verein auf eine wohl-gelungene Veranstaltung zurückblicken kann.

Altensteig. 25. Juli. Die Diamantene Hochzeit feierten am Samstag in Offenhausen W. Mühlhagen Forstdirektor a. D. Stod und Gattin. Forstdirektor a. D. Stod kam seinerzeit von Hofstett, wo er Revierförster war, nach Altensteig. Er hatte dann viele Jahre das hiesige Forstamt unter sich und ist hier noch als leutpflichtiger Beamter in bester Erinnerung.

Schießingen. 25. Juli. Ortsvorsteherwahl. Bereits 27 Jahre sind verfloßen, seit die Bürger der Gemeinde Schießingen letztmals einen Ortsvorsteher zu wählen hatten. Vorgeföhrt, am Samstag, den 23. Juli, wurde ihnen nun wieder Gelegenheit gegeben von ihrem Stimmrecht Gebrauch zu machen,

um einen Nachfolger für den nach langer, treuer und gewissenhafter Pflichterfüllung in den wohlverdienten Ruhestand getretenen Bürgermeister Theurer zu wählen. Von 180 Wahlberechtigten kamen 159 zur Abstimmung. Diese Beteiligung mit 88 % beweist, wie wichtig die Nachfolgerfrage eingeschätzt worden ist. 68 Stimmen entfielen auf Amtsvorwähler Karl Luz, Kirchenpfleger; 91 Stimmen vereinigte Christian Rauchenberger, Landwirt in Schießingen, auf sich. Dieser ist sonach gewählt und hat die Wahl angenommen.

Oberischwandorf, 25. Juli. Waldfest des Liederfranzes. — Unglücksfall. Obwohl man es am Samstag kaum zu hoffen wagte, begann sich die grüne Volkstede im Laufe des Sonntag Vormittag zu lichten und allenthalben sah man in den Wäldern die Festfreude erwachen. Um 1/2 Uhr formierte sich denn auch ein ganz ansehnlicher Festzug, der unter Borantritt der Musikverein Hailerbach dem nahen „Kapi“ zustrebte, wo sich inmitten hochragender Tannen bald ein festliches Treiben entfaltete. Vorstand Gustav Walz begrüßte die Festgäste, vor allem eine Anzahl auswärtiger Vereine, und gab der Veranstaltung eine besondere Bedeutung, indem er betonte, daß der Verein nicht ohne Grund gerade diesen Sonntag, den Tag des Bundesfestes zu Frankfurt, für seine Feier gewählt habe. Sodann er öffnete der hiesige Liederfranz unter Leitung von Hauptl. Grünbauer-Walldorf die Reihe der in zwangloser Folge von den verschiedenen Vereinen schön vorgetragenen Chöre. In den Pausen ließen zwei Musikkapellen ihre schneidigen Weisen erklingen. Man hatte am Ende dieses Festchens wieder einmal den Eindruck gewonnen, daß auch unsere kleinen Ländereine mit der Pflege ihres Liedgutes dem dörflichen Gemütsleben wertvolle Kräfte zuföhren. — Zwei Motorradler, jedes mit 2 Waldbauern bejeht, gerieten gestern am Ortsausgang, als der eine Fahrer den andern überholen wollte, zu nahe aneinander, so daß alle vier von den Rädern geschleudert wurden. Dabei erlitt der ledige Otto Walz so schwere Verletzungen, daß er ins Kagolber Krankenhaus verbracht werden mußte.

Horb, 25. Juli. Silberne Hochzeit. Dieser Tage konnte Postamtman A. Häberle u. seine Gattin Aline geb. Mayer, Stadtkatholikentochter, das Fest der Silbernen Hochzeit begehen. Ganz still und schlicht fand eine kleine Feier im engsten Familienkreise statt. Drei Kinder hatten mit dem Schwiegerohnne, Zahnarzt Dr. Sepdel-Altensteig die Feier zu einem kleinen, aber unergesslichen Erlebnis zu gestalten.

Serrenberg, 25. Juli. Zusammenstoß. An der Kreuzstraße zwischen Rebringen und Serrenberg ereignete sich am Freitag ein Zusammenstoß zwischen zwei sich kreuzenden Kraftwagen. Der Aufruhr war so stark, daß das von Deibelbrunn kommende Auto von der Straße geschleudert und völlig zertrümmert wurde. Der Fahrer wurde herausgeschleudert und landete glücklicherweise in einem Weizenfeld, ohne sich verletzt zu haben. Auch das andere Auto wurde stark beschädigt und mußte abgeschleppt werden.

Letzte Nachrichten

Beleidigungsklage Dr. Helbs
München, 24. Juli. Der bayerische Ministerpräsident Dr. Helld hat gegen den nationalsozialistischen Gauleiter Dr. Wagner Beleidigungsklage erhoben, da er sich durch ein Wahlplakat der NSDAP. beschimpft fühle.

Sabotage eines Hugenberg-Vortrags
Berlin, 24. Juli. Die für Samstag abend vorgesehene Deutschnationale Kundgebung im Grünwaldstadion wurde dadurch gestöhrt, daß plötzlich die Lautsprecheranlage und die Beleuchtung ausfielen. Dr. Hugenberg konnte seinen Vortrag nicht halten und die Zuschauer, die versammelt waren, verließen in großer Erregung über den Unbestreuch politischer Gegner das Stadion. Während des Abmarsches bligte wie zum Hobn das Licht mehrere Male auf.

Otto Braun antwortet dem Reichstanzler.
Berlin, 24. Juli. Die „Montagsoffiz“ veröffentlicht einen Brief des früheren preußischen Ministerpräsidenten Dr. h. c. Otto Braun an den Reichstanzler von Papen, in dem der Ministerpräsident auf das Schreiben des Reichstanzlers vom 21. Juli antwortet. Braun nimmt zunächst zu der vom Kanzler gegebenen rechtlichen Begründung seines Schrittes Stellung, wobei er nochmals Verwahrung gegen das Vorgehen der Reichsregierung einlegt. Am Schluß seines Briefes gibt Braun dem Wunsch Ausdruck, seine Stellungnahme im Rundfunk ebenfalls darlegen zu dürfen.

Zusammenstoß zwischen Reichsbannerleuten und Nationalsozialisten
Mandelstoh (Kreis Neuhadt), 24. Juli. Am Sonntag nachmittag hatten etwa 200 Reichsbannerleute aus Hannover mit ihren Fahrrädern eine Propagandafahrt durch verschiedene Ortshalten im Kreise Neuhadt angetreten. Als sie kurz nach 1 Uhr am Sonntag mittag in Mandelstoh eintrafen, kam es in und um Mandelstoh zu Zusammenstößen zwischen den Reichsbannerleuten und den ortsanhörigen Nationalsozialisten. Im Verlaufe der sich entwickelnden Schlägerei wurden die Reichsbannerleute in die Flucht geschlagen. Nach Beendigung der Zwischenfälle wurde ein Motorrad und 15 Fahrräder herrenlos aufgefunden. Nach den bislang vorliegenden Meldungen der Landjägerei wurden 15 bis 20 Personen verletzt.

Politischer Zusammenstoß in Neumünster.
Neumünster, 24. Juli. 6 SA-Mente, die Wahlzettel verteilten, wurden von Anhängern der Eisernen Front angegriffen und zum Teil schwer verletzt. Vier Nationalsozialisten mußten mit Stich- und Hiebverletzungen ins Krankenhaus gebracht werden. Fünf Anhänger der Eisernen Front wurden in Haft genommen.

Truppenbewegungen an der Grenze zwischen Bolivien und Paraguan.
Buenos-Aires, 24. Juli. Nachrichten, die über Muncion hier eingetroffen sind, belagen, daß eine Abteilung von 1400 Mann mit Artillerie von einem bolivianischen Grenzposten gegen die Stellungen der Grenztruppen von Paraguan vorrückte. Wie aus La Paz gemeldet wird, werden in der Gegend des Gran Chaco paraguayanische Truppen zusammengezogen.

Spiel und Sport

Amerika Interzonenieger
Deutschland 2:3 ebrensohl unterlegen
Selten hat ein Interzonensfinale ein so brennendes Interesse gefunden wie die Begegnung Deutschland—Amerika. Unverkennbar, daß der sensationelle Sieg Deutschlands über England und der glatte 5:0-Sieg über Italien in Mailand die Spannung ungewöhnlich gesteigert haben. Man gab sich deswegen aber doch keiner Täuschung darüber hin, daß die Amerikaner den Siegesaus der deutschen Davidssofal-Mannschaft stoppen würden. Die



